

Pensionslast kostet bald eine Milliarde Euro pro Jahr

Die Pensionierungswelle bei den Hamburger Beamten steuert auf einen neuen Höhepunkt zu: Im kommenden Jahr treten 1484 Staatsdiener in den Ruhestand – so viele wie nie zuvor. Der nächste Höhepunkt folgt im Jahr 2023. "Dann erwarten wir die maximalen Ausgaben für die Beamtenpensionen", sagte Volker Bonorden, Leiter des Personalamtes, gegenüber "Welt Kompakt".

Mehr als eine Milliarde Euro sind dann für die Pensionsversorgung notwendig. "Die Kosten im Jahre 2023 werden nach unseren Berechnungen 1063 Millionen Euro betragen", so der Personalamtschef. Der Landeschef des Deutschen Beamtenbundes (Beamtenbund und Tarifunion dbb), Rudolf Klüver, rechnet damit, dass sich Hamburg langfristig auf ein Volumen von mindestens einer Milliarde Euro einstellen muss. "Wahrscheinlich wird das Finanzvolumen für die Pensionszahlungen langfristig auf 1,5 Milliarden Euro pro Jahr steigen", sagte Klüver.

Angesichts dieser Entwicklung drängen Steuerzahlerbund und Elbliberale erneut auf weitreichende Reformen. Robert Bläsing, haushaltspolitischer Sprecher der FDP-Bürgerschaftsfraktion, forderte SPD und Senat auf, von Ausgabensteigerungen abzusehen und den Stellenabbau stärker voranzutreiben: "Denn nur so können Mehrausgaben für Pensionszahlungen geschultert werden."

Marcel Schweitzer, Geschäftsführer des Steuerzahlerbundes in Hamburg, räumte zwar ein, dass sich kurzfristig an steigenden Pensionslasten nichts ändern lasse. Doch künftig seien Veränderungen im Versorgungsrecht notwendig.

Nach neuen Angaben des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein ist die Hansestadt in diesem Jahr für 31.630 Versorgungsempfänger nach dem Beamten- und Soldatenversorgungsrecht im öffentlichen Dienst verantwortlich. Allein in den vergangenen zehn Jahren ist die Zahl der Pensionäre um 15 Prozent gestiegen.

Hintergrund für die demografische und finanzielle Entwicklung sind die zahlreichen Einstellungen von Beamten in den 1960er- und 1970er-Jahren, die nunmehr ihr Ruhestandsalter erreichen.

Kritik am Hamburgischen Versorgungsfonds äußerte jetzt auch Dora Heyenn, Fraktionsvorsitzende der Linken. Zwar liege die Verantwortung für die "dramatische Unterdeckung" des Versorgungsfonds beim Vorgängersenat. "Dennoch gehört es zu den Pflichten des SPD-Senats, Pensionszahlungen zu gewährleisten. Es wäre ein guter Anfang gewesen, die Gelder für den Versorgungsfonds nicht für Leuchtturmprojekte zu verjubeln." Denn der Senat plane, 457 Millionen Euro, die für den Versorgungsfonds der Beamten eingeplant waren, für die Hafencity auszugeben.

